

Essener Erklärung

Antragsteller: Kreisvorstand

Wir – die CDU Essen – begrüßen die politischen Weichenstellungen, die mit dem „Regierungsprogramm 2017-2021“ der Union für die anstehende Bundestagswahl und dem „Koalitionsvertrag für Nordrhein-Westfalen 2017-2022“ nach der Landtagswahl vorgenommen wurden. Wir setzen uns mit Hochdruck dafür ein, dass zum Wohle der Menschen in unserem Land die erfolgreiche christdemokratische Politik der unionsgeführten Bundesregierungen fortgesetzt werden kann und in Nordrhein-Westfalen die neue Landesregierung zu einem Erfolgsmodell wird.

Für die besonderen Herausforderungen, vor denen unsere Heimatstadt Essen steht, haben wir aber auch eine klare Erwartungshaltung gegenüber den Regierungen in Bund und Land:

- **Auskömmliche Finanzen**

Das Land NRW muss endlich eine angemessene Finanzausstattung ihrer Kommunen sicherstellen. Dazu gehört auch, dass das Land Kommunen wie Essen nur dann Aufgaben überträgt, wenn es gleichzeitig auskömmliche Finanzmittel für diese Aufgabenerfüllung bereitstellt. Hieran fehlte es in der Vergangenheit. Dies, aber auch besondere Herausforderungen wie der Strukturwandel, eine überdurchschnittlich hohe Langzeitarbeitslosigkeit und die kommunale Mitfinanzierung der Kosten der Deutschen Einheit, haben entscheidend dazu beigetragen, dass die Stadt Essen hoch verschuldet ist.

- **Abbau der Altschulden**

Bund, Land und Stadt sind gemeinsam gefordert, eine nachhaltige Lösung zu finden, um bestehende Altschulden abzubauen. Dazu könnten auch Mittel aus dem Solidaritätszuschlag einbezogen werden. Wir begrüßen die Positionierung der Union, den Solidaritätszuschlag zur Einkommensteuer ab dem Jahr 2020 für alle schrittweise schnellstmöglich abzuschaffen. Bis zur vollständigen Abschaffung sollten die Mittel vor allem strukturschwachen Kommunen zugutekommen, die beim Wohlstand Aufholbedarf haben.

- **Stärkung von Polizei, kommunalen Ordnungsbehörden und Justiz**

Die von der neuen Landesregierung geplante Stärkung der Polizei muss schnellstmöglich auch in unserer Stadt spürbar werden. Dies ist notwendig, um insbesondere gegen kriminelle Clanstrukturen, religiös oder politisch motivierten Extremismus und die zunehmende Zahl von Rohheitsdelikten (z.B. Körperverletzung, Raub) wirksam vorzugehen. Das unwürdige Hin und Her um die Polizeischule und die Polizeiinspektion Süd in Rüttenscheid muss unverzüglich beendet werden. Sicherheit ist aber nicht allein Aufgabe der Polizei. Für eine erfolgreiche urbane Sicherheitspolitik müssen die Kooperationsmöglichkeiten aller Sicherheitspartner gestärkt werden. Dazu bedarf es auch einer verbesserten Ressourcenausstattung der kommunalen Ordnungsdienste. Diese nehmen verstärkt Sicherheitsaufgaben auf der kommunalen Ebene wahr. Wir sprechen uns für die Einführung und Sicherung landeseinheitlicher Standards verbunden mit der Etablierung eines einheitlichen Berufsbildes für kommunale Ordnungsdienste aus. Schließlich sind die Justizbehörden zu stärken, sodass Strafverfahren beschleunigt werden können.

- **Verstärkter Einsatz von Videobeobachtung**

Insbesondere vor dem Hintergrund der durchweg positiven Erfahrungen am Rheinischen Platz begrüßen wir die von der neuen Landesregierung geplante rechtliche Vereinfachung des Einsatzes von intelligenter Videobeobachtung. Um gegen Angsträume vorzugehen, sprechen wir uns für einen verstärkten Einsatz im Stadtgebiet aus – zum Beispiel im Umfeld des Hauptbahnhofs und an Problemstellen in Altendorf.

- **Besserer Schutz vor Naturkatastrophen und Cyberangriffen**

Die „Verletzlichkeit“ der lebenswichtigen Infrastruktur unserer Stadt nimmt aufgrund der zunehmenden Gefahr durch Naturkatastrophen und Terroranschläge (z.B. Cyberangriffe) zu. Die städtische Verwaltung ist auf solche Szenarien nicht ausreichend vorbereitet. Zur deutlichen Steigerung der Qualität des Katastrophenschutzmanagements auf kommunaler, staatlicher und privater Ebene bedarf es zudem der Gründung eines landesweiten Katastrophenschutz- und Krisenzentrums, in dem die im Krisen- und Katastrophenfall Verantwortlichen professionell geschult werden.

- **Kinder gut und frühzeitig fördern**

Bei Kindertages- und Betreuungseinrichtungen kommt der Ausstattung mit ausreichendem und gut ausgebildetem Personal eine wichtige Rolle zu. Wir begrüßen die bisherige Erhöhung der Zahl der Betreuungsplätze und sehen einen hohen Bedarf für den weiteren Ausbau. Bund und Land müssen Investitionsprogramme für Neubau, Umbau und Erweiterungen von Kitas auflegen. Dabei sollte der Bund eine Änderung des Baurechts prüfen, um eine schnellere Umsetzung zu ermöglichen. Das Land NRW muss die Kommunen und Träger durch die Verringerung der Trägeranteile entlasten und die Personalschlüssel verbessern. Wir unterstützen, dass die Union im Bund in der kommenden Wahlperiode einen Rechtsanspruch auf Betreuung im Grundschulalter einführen will. Das erfordert Investitions- und Ausstattungsprogramme des Bundes und definierte Personal- und Qualitätsstandards, deren Finanzierung durch Bund und Länder abgesichert werden müssen.

- **Menschen aus der Langzeitarbeitslosigkeit führen**

Mit der hohen Zahl von Langzeitarbeitslosen in Essen dürfen wir uns nicht abfinden. Wir wollen einerseits die Qualifizierung, Vermittlung und Re-Integration in den Arbeitsmarkt deutlich verbessern und andererseits Langzeitarbeitslosen, die aufgrund der besonderen Umstände auf dem regulären Arbeitsmarkt keine Chance haben, verstärkt die Möglichkeit geben, sinnvolle und gesellschaftlich wertige Tätigkeiten auszuüben. Arbeit zu entlohnen ist sinnvoller als Arbeitslosigkeit zu verwalten. Dies muss jedoch ein Zwischenschritt zu einer Beschäftigung oberhalb des Niedriglohnssektors bleiben. Mit einer auskömmlichen Beschäftigung der Eltern kann der hohe Anteil von Kindern und Jugendlichen in Essen verringert werden, der auf staatliche Unterstützung angewiesen ist.

- **Integration muss vor Ort gelingen**

Wir unterstützen die Anstrengungen zur Reduzierung der Flüchtlingszahlen durch europäische, nationale und internationale Maßnahmen. Für die Menschen mit Bleibeperspektive muss nun die Integration mit größtmöglichem Einsatz vorangetrieben werden. Und diese Integration findet vor Ort statt. In den letzten drei Jahren sind etwa 20.000 Menschen neu nach Essen gekommen – dies führt zu erheblichen Aufgabenzuwächsen in fast allen Bereichen. Vor allem bei Sprachförderung, Bildung und Arbeit benötigt die Stadt deshalb weitere Entlastungen durch Bund und Land. Dazu gehört auch, dass das Land die Mittel des Bundes – anders als bisher – vollständig weiterleiten muss.

- **Abschiebungen besser organisieren – Kommunen entlasten**

Wir begrüßen das Ziel der neuen Landesregierung, die Rückführung abgelehnter Asylbewerber zu beschleunigen. Die Forderung nach einer zügigen und rechtssicheren Rückführung nach Abschluss eines erfolglosen Asylverfahrens ist mit der gegenwärtigen Verwaltungspraxis kaum zu bewältigen. Insbesondere können die Ausländerbehörden der Kommunen die steigende Anzahl der Abschiebungen nicht leisten. Wir fordern daher gesetzliche Rahmenbedingungen für eine zentrale Abschiebung durch das Land. Dazu gehört auch die Unterbringung abgelehnter Asylbewerber in zentralen Unterkünften des Landes.

- **Senioren einbeziehen**

Die Landesregierung wird gebeten, das Ministerium, das für die Belange der Senioren zuständig ist, in der Ressortbezeichnung mit dem Zusatz „Senioren“ zu versehen.

- **Unsere Stadt soll „Modellkommune“ werden**

Essen soll „Digitale Modellkommune“ werden. Daher soll unsere Stadt an dem dazu von der neuen Landesregierung geplanten Wettbewerb teilnehmen. Ebenso sollte in Essen eine der neu vorgesehenen „Talent-Schulen“ – insbesondere mit MINT-Schwerpunkt – mit exzellenter Ausstattung und modernster digitaler Infrastruktur, in einem Stadtteil mit großen sozialen Herausforderungen, eingerichtet werden.